

Hans Jürgen Luibl unter Mitarbeit von Martin Becher und Kathrin Zagel¹:
**Gegen Rechtsextremismus - für ein Europa der Freiheit² - Der neue Rechts-
 extremismus in Europa**

„Das Minarett-Verbot und die ‚Ausschaffung krimineller Ausländer‘ in der Schweiz, die Formierung paramilitärischer Organisationen in Osteuropa und transnational agierende Anti-Islam-Kampagnen in Westeuropa – wird Europa rechtsradikaler? Während sich Muslim-feindliche Diskurse in Westeuropa und Übergriffe auf Roma, (vor allem – aber nicht nur) in Osteuropa verstetigen, verzeichnen rechtsradikale Parteien in einigen europäischen Ländern ungekannte Wahlerfolge: Im Jahr 2010 konnten die *Schwedischen Demokraten* erstmals ins schwedische Parlament einziehen (im September mit 5,7%), in Ungarn zog die rechtsradikale *JOBBIK*-Partei im April mit 16,7% in das Parlament ein und in den Niederlanden erzielte Geert Wilders im Juni mit seiner *Partei für die Freiheit* einen Erfolg von 15,5%.“³ Mit diesen Worten beschreibt Britta Schellenberg, Wissenschaftlerin an der Ludwig-Maximilian-Universität München, die europäische Politiklandschaft. Und diese wird immer mehr von Rechten bestimmt: Rechtspopulismus, Rechtsextremismus sind zunehmend gesamt-europäische Tendenzen.

Bekannt ist diese Entwicklung schon länger. Angelika Beer, ehemaliges Mitglied des Europaparlaments, hat eine Studie herausgegeben unter dem Titel „Europa im Visier der Rechtsextremen“⁴ Hier zeigt sich, dass nicht nur in einzelnen Ländern Europas, im Osten und im Westen, lokal und regional unterschiedlich die rechte Szene an Bedeutung gewinnt. Wenn hier von rechter Szene gesprochen wird, so ist damit noch keine klare Definition gewonnen. Rechte Szene ist nicht nur lokal und regional unterschiedlich, sie ist zudem in sich ausdifferenziert: angefangen von aggressiven und ausgrenzenden Grundeinstellungen vor allem gegen Minderheiten, gegen Roma, Muslime oder Homosexuelle, über eine Subkultur, die sich mit „ihrer“ Musik in Gruppen findet, bis hin zu paramilitärischen Organisationen und politischen Parteibildungen.

Auffallend und beunruhigend ist, dass diese Bewegung nach rechts nicht nur in einzelnen Staaten Europas, sondern länderübergreifend festzustellen ist. Es gibt eine Vernetzung der rechten Szenen in Europa. Die Vernetzung erfolgt nicht selten über das Internet; die Basis länderübergreifender Verständigung, so Schellenberg, ist eine gemeinsame Überzeugung, die sich mit den vom amerikanischen Rechtsextremen David Lane stammenden und in der Szene zum Code und Kult gewordenen „14 Wörtern“ zusammenfassen: „We must secure the existence of our people and a future for white children.“ Wie Lanes Worte veranschaulichen: Ihre Identität definieren Rechtsradikale als „weiß“, volksbezogen und sie glauben, diese sei existenziell bedroht.⁵

Für diese Bewegung nach rechts gibt es eine Vielfalt von Gründen. Britta Schellenberg nennt drei Gründe für das Wachsen einer „regressiven Utopie“ bei Europas Rechten: Verteilungs- und Zugangskrise, Repräsentationskrise und Krise der Politik sowie eine Identitätskrise. Zwei dieser Gründe seien hier besonders hervorgehoben: die Identitätskrise Europas und die ökonomische Entwicklung.

Die Stärke der rechten Bewegungen in Europa zeigt zugleich auch eine Schwäche der europäischen Integration. Die europäische Integration begann mit der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und zwar mit dem selten klar formulierten, aber immer präsenten Überlebenswillen „Nie wieder Hunger, nie wieder Krieg!“. Um das zu ermöglichen genügte es nicht, auf einen transnationalen Völkerbund zu setzen, der lediglich die politische Idee einer Völkergemeinschaft als verbindendes Element hatte. Diese politische Idee musste zum einen friedenspolitisch umgesetzt und zum anderen wirtschaftlich und ökonomisch abgesichert werden. 1946 formulierte Sir Winston Churchill in seiner berühmt gewordenen Rede in der Schweiz „Let Europe Arise!“ die Grundbedingung der europäischen Integration: die Aussöhnung der sogenannten Erzfeinde Frankreich und Deutschland. Zwar war dieses Europa ohne England gedacht, das sich noch viel stärker im Commonwealth of Nations, denn in Europa beheimatet. Und es war im anbrechenden Kalten Krieg antikommunistisch gedeutet – aber die Grundidee einer Aussöhnung der Völker als Basis der europäischen Integration war gelegt. Und sie verwirklichte sich auch. In vielen kleinen Schritten der bilateralen Aussöhnung wurde Europa stark – am Ende so stark, dass selbst die Teilung Europas 1989 damit überwunden werden konnte. Gerade die Versöhnungsarbeit der Kirchen – vom deutsch-französischen Bruderrat bis hin zur Denkschrift – hat mit zum Gelingen Europas beigetragen. Diese Idee der Aussöhnung allerdings wäre leere Utopie geblieben, wenn sie nicht wirtschaftlich verwirklicht worden wäre. Der Schumanplan von 1950 war dazu ein wesentlicher Schritt. Es ging dabei im Wesentlichen um die Entnationalisierung der Kohle- und Stahl-Industrie. Nimmt man diese Schlüsselindustrien aus dem nationalen Zugriff und unterstellt sie einer transnationalen Behörde, so kann aus der nationalen Kriegsindustrie ein europaweiter Wohlstandsgarant werden. Dies geschah mit der Gründung der Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und es setzte sich fort in den politischen Bemühungen um ein geeintes Europa über die EG bis hin zur EU der 29 Nationen. Ein Problem dieser Art europäischer Integration jedoch hat sich fortgeschrieben: Europa wurde zunehmend zu einem wirtschafts-politischen Projekt

der Nationalstaaten, Brüssel zu einem Schimpfwort für alles bestimmende Bürokratie, das Parlament in Straßburg zu einem einflusslosen Debatierhaufen, Austragsstüberl für altgediente Parteigänger. Wenn dann noch der wirtschaftliche Erfolg dieses EU-Projekts stagniert oder durch die Euro-Krise ganz in Gefahr gerät, bleibt am Ende von Europas Integration nur noch ein leerer, allerdings wirkmächtiger Mechanismus. Für die Integration Europas gibt es keine Leitidee, keine zukunftsöffnende Perspektive, keine Vision, dass und wie ein Kontinent der Unterschiede – in Sprache, Nationen, Ethnien, Religionen und Milieus – zusammenwachsen kann. In dieser Lücke können sich „regressive Utopien“ wie die der rechten Bewegungen gut entwickeln.

Ein zweiter Punkt, der – wie gezeigt – eng mit dem Ersten verbunden ist, ist die ökonomische Entwicklung in Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. „So lässt sich für die mittel- und osteuropäischen Staaten festhalten, dass die ökonomische Entwicklung der letzten Jahre nicht nur zu einer sich verschärfenden Ungleichheit zwischen Individuen geführt hat. Insbesondere in den Visegrad-Staaten findet diese Ungleichheit auch dramatisch zwischen den verschiedenen Regionen ihren Niederschlag. Die Hauptstädte wie Prag, Budapest und Bratislava weisen einen Lebensstandard und entsprechende Lebenshaltungskosten auf, die durchaus mit westeuropäischen Metropolen mithalten können, während ländlich geprägte Regionen teilweise nur auf ein Zehntel dieser Werte kommen⁶. Diese durchaus dramatische Entwicklung führt zur Verarmung, Perspektivlosigkeit und zu Ohnmachtsgefühlen gegenüber einer politisch-ökonomischen Entwicklung, die für den Einzelnen nicht mehr nachvollziehbar ist. Als Reaktion darauf verlassen die flexiblen und mobilen Menschen diese Regionen: Das sind in aller Regel die besser (Aus-)Gebildeten und Jüngeren, und unter diesen in erster Linie Frauen. Diese Entwicklung wurde für Deutschland durch das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung anschaulich dargestellt⁷. Dabei war auffällig, dass in einigen Regionen Ostdeutschlands weniger als 80 junge Frauen im Alter von 18 bis 29 Jahren auf 100 gleichaltrige Männer kommen. Interessanterweise sind die beiden Regionen, die von dieser Entwicklung am meisten betroffen sind, Ostsachsen (Sächsische Schweiz) und Vorpommern. In beiden Regionen gibt es einen besonders stark ausgeprägten Rechtsextremismus und eine besonders gut verortete NPD-Arbeit. In beiden Regionen ist es – auch aufgrund der demographischen Entwicklung – besonders schwer für die Zivilgesellschaft, sich gegen diese Entwicklung zur Wehr zu setzen, weil diejenigen, die das tun könnten, nicht mehr vor Ort sind. Ganz anders sieht es in den ostdeutschen Boomstädten wie Jena, Leipzig oder Erfurt aus. „Deshalb halte ich es für sehr wichtig, die Hypothese in europäischer Hinsicht zu untersuchen, dass demographisch schwache Regionen rechtsextreme oder rechtspopulistische Tendenzen fördern“ (Martin Becher).

Welches sind die Optionen für Kirche und Bildung in Europa in diesem Kontext? Zunächst bleibt die ernüch-

ternde Erkenntnis, dass Kirchen, auch evangelische Kirchen in Europa, die seit der Reformation und dann in der Zeit der Nationalstaaten mit der Idee des Nationalen groß geworden sind, sich nur schwer aus nationalen Bindungen lösen können. Nationale Identitäten haben auch kirchliche Horizonte bestimmt. Nationalismus war und ist so eine Gefahr auch evangelischer Kirchen in Europa: Er verengt den Blick auf die eigene Identität. Damit drohen die anderen Länder und Kirchen in Europa ebenso ausgeblendet zu werden wie ein neues, grenzüberschreitendes Europa. Es gibt in evangelischen Kirchen in Europa eine ‚intellektuelle Enthaltensamkeit‘ zu Europa, verknüpft mit einer nicht selten aus Unsicherheit geborenen Selbstgenügsamkeit. Hier ist es an der Zeit, dass Kirchen sich dieser Engführungen bewusst werden – und gleichzeitig jene anderen, eigenen Traditionen wieder entdecken, mit denen Europa gewachsen ist: den grenzüberschreitenden Versöhnungsdienst. Und Kirchen müssen sich stärker bewusst machen, dass gerade ihre jüngeren Mitglieder schon viel selbstverständlicher Europa leben als kircheninstitutionell erkennbar ist. Aus den guten Erfahrungen der Vergangenheit könnte sich aber eine zukunftsöffnende Leitidee für ein neues Europa entwickeln lassen, die ‚Einheit in versöhnter Verschiedenheit‘. Das ist das integrierende Motiv der Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), es kann auch zu einem Motor für die europäische Integration werden.

Der Versöhnungsdienst der Kirchen war immer dann wirksam, wenn und wo er sich an europäischen Konfliktpunkten entwickelt hat. Im Blick auf den Rechtspopulismus und Rechtsextremismus kann es daher nicht bedeuten, diesen einfach zu verteufeln. Politische Bildung ist notwendig, um die Gründe zu verstehen und auch schwierige Gespräche zu eröffnen. Das klare Nein zu einem braunen Europa kann nur dann gehört und verstanden werden, wenn es von einem klaren und werbenden Ja für ein gemeinsames Europa der Unterschiede, für ein buntes Europa begleitet wird.

Anmerkungen

¹ Der Verein „bildung evangelisch in Europa“ (beE – eV) mit Sitz in Erlangen wurde gegründet, um solche Europaperspektiven zu entwickeln. Dabei ist das Schlüsselwort Bildung als Motor der europäischen Integration. So hat sich der Verein in einem großen Projekt mit der Europäischen Erinnerungskultur beschäftigt (die Publikation dazu erscheint 2011) oder mit Kruzifix- und Burkaverbot im europäischen Kontext. 2011 erscheint in der Schriftenreihe „Evangelische Perspektiven“ auch der Band „Rechtsextremismus in Europa. Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft“. Für weitere Informationen siehe Homepage: www.beer-erlangen.eu

² Dieser kleine Artikel ist entstanden im Vorfeld einer Publikation zu Fragen des Rechtsextremismus in Europa als Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft. Herausgegeben wird diese Publikation 2011 vom Verein „bildung evangelisch in Europa“.

³ Der Aufsatz von Britta Schellenberg erscheint in der Publikation „Rechtsextremismus in Europa. Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft“ im Frühjahr 2011, herausgegeben von Kathrin Zagel und Hans Jürgen Luibl.

⁴ Angelika Beer (Hg), Europa im Visier der Rechtsextremen, http://www.cap.lmu.de/download/2009/Europa_im_Visier_der_Rechtsextremen.pdf (Stand: 10.12.2010)

- ⁵ Der Aufsatz von Britta Schellenberg erscheint in der Publikation „Rechtsextremismus in Europa. Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft“ im Frühjahr 2011, herausgegeben von Kathrin Zagel und Hans Jürgen Luibl.
- ⁶ Vgl. Jahrbuch Gerechtigkeit IV, Armes reiches Europa. Die neue Spaltung von Ost und West überwinden, März 2010.
- ⁷ Die Demografische Lage der Nation – wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?, München 2006, S. 23–25.

Pfarrerin Kathrin Zagel ist Studienleiterin, Pfarrer Dr. Hans Jürgen Luibl Vorsitzender des Vereins „bildung evangelisch in Europa“; Martin Becher gehört dessen Beirat an, ist Geschäftsführer von „Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ und Leiter der Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Alexandersbad.



Kathrin Zagel



Pfarrer Dr. Hans Jürgen Luibl



Martin Becher